
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 24/3 (1997)

DOI: 10.11588/fr.1997.3.61048

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

um zu gewährleisten, daß die Monographie nicht zu einer Aneinanderreihung von Einzel-episoden – angereichert mit einigen längst bekannten Grundeinsichten – absinken konnte. Am ehesten gelingt das Aufzeigen von Querverbindungen für die deutsch-britischen Spannungen zur Zeit der »antisemitischen Welle« im Hinblick auf die Deutschlandpolitik 1959/60 (Kap. 16–18). Es wäre vielleicht besser gewesen, zumindest innerhalb der beiden großen Themenblöcke – deutsche Kriegsverurteilte und Gefahr einer »Renazifizierung« – das Verhalten der einzelnen Länder separat zu betrachten. Da dies unterbleibt, wird nicht sichtbar, ob Franzosen, Briten und Amerikaner eine Konzeption besaßen, wie sie mit der deutschen Vergangenheit umgehen wollten. Die entscheidende Frage lautet doch: Gab es eine fixierbare Scheidelinie in der Haltung der Alliierten zwischen ihrem Streben nach Sühne für die Schandtaten schuldig gewordener Deutscher im Zweiten Weltkrieg und den Erfordernissen der aktuellen Nachkriegspolitik? Triumphierten die Glaubenssätze der westlichen Demokratie oder die von hehrer Programmatik unberührte Staatsräson, positiv verstandenes Dogma oder der Gegenwart verpflichtetes Kalkül? Die im Titel angesprochene Relation von Vergangenheitsbewältigung und – zu wenig einbezogener – Westintegration bleibt letzten Endes im dunkeln. In formaler Hinsicht entspricht dieser inhaltlichen Schwäche das Fehlen einer Schlußbetrachtung, die die grundsätzlichen Fragen der ausführlichen Einleitung hätte aufgreifen müssen.

Weitere Inkonsequenzen sind feststellbar: Der Autor will sine ira et studio forschen, läßt aber zwischen den Zeilen seine Kritik an dem zu milden Umgang der Deutschen und vielfach auch der Westalliierten mit den Tätern des Holocaust erkennen. Hier wäre eine gut begründete, sachlich vorgetragene Stellungnahme ohne den zu Recht verfeimten »erhobene[n] Zeigefinger« (S. 10) gegenüber einer mit Anspielungen operierenden Darstellungsweise vorzuziehen gewesen. Wirklich oder scheinbar »entlastende« Argumente wie interne Kritik hochgestellter Persönlichkeiten in England über »Pfuscherei« bei den Kriegsverbrecherprozessen der Briten (S. 104) werden nicht reflektiert. Zudem enthält der Anmerkungsapparat bisweilen kräftige Polemik (und zitiert mitunter publiziertes Material nach archivalischen Vorlagen). Den Terminus »Kriegsverbrecher« schlicht zum neutralen Begriff zu erklären und ohne Voreingenommenheit benutzen zu wollen (S. 19), geht nicht an: Er birgt eine klare Parteinahme, zu der man sich wenigstens bekennen sollte.

Brochhagen hat in großem Ausmaß Archivalia herangezogen – aber er hätte manches ruhiger ausführlicher darlegen können. Statt dessen wird durch eine überreiche Anzahl von Bildern, eine effektbezogene Auswahl der Überschriften und eine zu detaillierte Gliederung die Professionalität des Buches relativiert.

Wer das Werk aus der Hand legt, hat manches erfahren über die Reaktionen von Paris, London und Washington auf den wahrlich nicht über jede Kritik erhabenen Umgang der deutschen Gesellschaft mit der nationalsozialistischen Erblast in den fünfziger Jahren. Behörden, Justiz, Politiker, Unverbesserliche, Einzelfälle – Brochhagen erwähnt viele Details über die Rezeption an sich bekannter Vorgänge, doch zu schlüssigen Einsichten in generelle Tendenzen und Prioritäten hat die Lektüre nicht verholfen. Die geistige Durchdringung der Problematik läßt zu wünschen übrig – ungeachtet der nicht zu bestreitenden Schwierigkeiten, das Thema analytisch in den Griff zu bekommen. Brochhagen bietet multa, non multum.

Herbert ELZER, Andernach

Rüdiger Marco BOOZ, »Hallsteinzeit«. Deutsche Außenpolitik 1955–1972, Bonn (Bouvier) 1994, 230 S.

»Hallstein-Zeit«, so bezeichnete die deutsche Presse mit pejorativem Unterton jene Epoche, in der die sogenannte »Hallstein-Doktrin« die Essenz Bonner Außenpolitik ausmachte. Auf der Basis einer ausgedehnten Auswertung veröffentlichter Quellen, Memoiren

und einschlägiger Literatur legt Booz erstmals eine umfassende Studie dieser umstrittenen Maxime vor und konzentriert sich insbesondere auf die Frage nach ihrem Erfolg oder Scheitern. Die Epoche begann 1955, als der bundesdeutsche Alleinvertretungsanspruch nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau eine politische Absicherung verlangte. Sie endete nicht, wie Booz mit überzeugenden Ausführungen zur kontroversen Diskussion über den *Terminus ad quem* darlegt, schon mit dem Beginn der sozialliberalen Koalition, sondern erst mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags zwischen Bonn und Ost-Berlin 1972. Denn erst jetzt wurde das Postulat, einzig legitimer Vertreter des gesamten deutschen Volkes zu sein, formell aufgegeben. Von der Entstehung in den Jahren 1955–1957 über die Anwendung nach 1957, die Erosion ab 1965 bis zu ihrer Ablösung 1969–1972 geht der Verfasser den Entwicklungsstadien der Doktrin detailliert nach. Dabei behandelt er alle wesentlichen Stationen der für sie konstitutiven Entwicklung wie den Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien, die Nahost-Krise oder die Kambodscha-Frage. Booz differenziert einleuchtend zwischen einer ersten, defensiven Phase bis zum Beginn der sechziger Jahre und einer zweiten, offensiven Etappe im Zuge der »Politik der Bewegung« Gerhard Schröders. In ihrer defensiven Form zielte die Doktrin nicht zuletzt mittels wirtschaftlicher Sanktionen darauf ab, die Anerkennung der DDR durch Drittstaaten zu verhindern. Die offensive Ausrichtung hingegen wollte die Isolierung der DDR in Osteuropa und zielte auf eine »aktive Wiedervereinigungspolitik« (S. 173). Implizit beschwor sie aber zwei Gefahrenpotentiale herauf. In dem Maße, in dem die Offensivkraft der Hallstein-Doktrin umgesetzt wurde, sank die Glaubwürdigkeit der Abschreckung ihrer defensiven Hälfte. Außerdem brachte der offensive Teil die Bundesrepublik in einen Konflikt mit der Schutzmacht der DDR, der Sowjetunion, der sie selbst gefährdete. Denn die Sicherheitsgarantie der Westmächte galt nur für den deutschen Weststaat. Zum Schutz einer gegen Osten gerichteten selbstbewußten deutschen Politik waren sie nicht bereit. Mit dem »Nahost-Debakel« setzte die Erosion ein, die dann nach der Bildung der sozialliberalen Koalition in die Phase der Ablösung überging. Im Rahmen der neuen, alternativen Deutschlandpolitik erschien es sinnvoll, die Doktrin aufzugeben. Ein »Restbestand« (S. 162) mit rein defensivem Charakter hielt sich noch bis 1972. »Erst in Zusammenhang mit einer Anerkennung des Status quo wird die Doktrin verzichtbar.« (S. 172f.) Führte die Hallstein-Doktrin, so fragt Booz abschließend, auf einen »Irrweg« Bonner Deutschlandpolitik (S. 173)? Seine Antwort fällt zwiespältig aus. Als Mittel zur Absicherung der Deutschlandpolitik Adenauers sieht er sie als »notwendige Konsequenz des Alleinvertretungsanspruchs«. Als defensives Instrument, das den Status quo bewahrte, war sie »erfolgreich«. Im Zuge der Entspannung zielte die offensive Form hingegen auf eine Überwindung der politischen Lage, die im Osten als reale Bedrohung angesehen wurde, und entpuppte sich letztlich als »Illusion« (S. 173).

Ulrich LAPPENKÜPER, Bonn

Gilbert NOËL, *France, Allemagne et »Europe Verte«*, Bern, Frankfurt/Main, New York (Peter Lang) 1995, 217 S. (Euroclio).

Die Gemeinsame Agrarpolitik gehört heute zu den schwierigsten Problemen der Europäischen Union. Vor allem im Vorfeld der geplanten Osterweiterung der Gemeinschaft wird über die Neuformulierung der Gemeinsamen Agrarpolitik diskutiert werden müssen. Vor diesem Hintergrund ist es nützlich, die Ursprünge der landwirtschaftlichen Integration zu untersuchen. Noël, Lehrbeauftragter am ISGE in Strasbourg, kennt sich in der agrarpolitischen Integrationsforschung gut aus. 1988 veröffentlichte er eine erste Studie über die Bemühungen zur agrarpolitischen Integration in den fünfziger Jahren (*Du Pool Vert à la Politique Agricole Commune*, Paris 1988), zudem ist er Autor verschiedener Aufsätze zum Thema.